

Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen gibt seinen Wähler*innen keine pauschale Personen-Wahlempfehlung für die Stichwahl zum Landrat am 16. Juni 2019. Wir haben vielmehr konkrete inhaltliche Anforderungen an die Landratskandidaten für die Amtszeit bis 2026.

Deswegen fordern wir die Kandidaten auf, zu folgenden „Wahl-Prüfsteinen“ von Bündnis 90/Die Grünen öffentlich konkret Stellung zu beziehen: Wie stehen Norbert Meyer (SPD) oder Jens Böther (CDU) zu folgenden Forderungen?

- Mobilitätskonzept umsetzen:

Umgehend neue, sicher Radwege bauen und bestehende Verbindungen verbessern.

Reaktivierung der Bahnstrecken von Lüneburg über Amelinghausen nach Soltau sowie von Lüneburg nach Bleckede im Stundentakt und Taktverdichtung des Metronoms nach Hamburg. Mobilitätszentrale im Lüneburger Bahnhof mit Fahrkartenverkauf.

Kostenlose Nutzung einer Niedrigwasserfähre sofort, statt einer Brücke irgendwann vielleicht.

- Kostenlose Beförderung für alle Schüler*innen. Sitzplatz und Sicherheitsgurt für jedes Kind.

- Umweltschutz ernst nehmen:

Mehr Fläche für Naturschutz. Umsetzung des Biotopverbundes und konsequente Überwachung der Naturschutzgebiete. Beseitigung des Vollzugsdefizits in der Eingriffsregelung und verbesserte Erfolgskontrolle bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Den Grüngürtel West als Landschaftsschutzgebiet ausweisen und den Digitalcampus auf den bestehenden B-Plan 82 beschränken.

Stopp der Zersiedelung. Siedlungsentwicklung nur noch entlang der Verkehrsachsen, insbesondere an vorhandenen und zu aktivierenden Bahnstrecken.

- Agrarwende gemeinsam mit den Landwirten der Region gestalten. Massentierhaltung beenden.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen. Gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft für Stadt und Kreis und Sicherung von Flächen in den Gemeinden.
- 100% Versorgung mit erneuerbaren Energien der landkreiseigenen Gebäude und beim Fuhrpark.
- Divestment: kein Geld mehr für Kohle und Atom. Alle Geldanlagen des Landkreises ohne fossile Energieträger und Atomstrom ausrichten.
- Förderung und Unterstützung des ländlichen Raumes mit Gesundheitsversorgung, schnellem Internet, sozialen Einrichtungen, Schaffung von Arbeitsplätzen und Verbesserung des ÖPNV.
- Beteiligung der jungen Generation bei allen politischen Prozessen und Entscheidungen.
- Den Landkreis zum sicheren Hafen machen und die Forderungen der Seebrücke umsetzen.